

# WILHELM ENGLER · DER DEUTSCHE PARTIKULARISMUS UND DAS DEUTSCHE REICH

**N**ACH der Ermordung Rathenaus erkannte die große Mehrheit des deutschen Volkes, daß nicht nur der Bestand der deutschen Republik und das Leben ihrer Repräsentanten bedroht seien, sondern darüber hinaus der Bestand Deutschlands als Kultur-nation. Bis weit in die Kreise der Rechtsparteien hinein verschloß man sich daher nicht der Notwendigkeit Maßnahmen gegen die Mörderorganisationen zu billigen. Aber auch in diesem Moment der Gefahr offenbarte sich der deutsche Zersplitterungsgeist. Nicht nur in Bayern, auch in anderen Ländern waren Wächter auf ihren Posten, um die Hoheitsrechte der Länder zu schützen. Es besteht aber ein großer Unterschied zwischen den Föderalisten in den nichtbayrischen Ländern und den Partikularisten Bayerns. Die Verhandlungen über die Gesetze zum Schutz der Republik haben gezeigt, daß man in allen Ländern, bei aller föderalistischen Gesinnung, in Zeiten der Not bereit ist die Reichsinteressen über alles andere zu stellen. In Bayern aber stellen die maßgebenden Kreise ihre politischen Interessen und Ziele über das Reichsinteresse, und bei vielen Bayern fällt es einem schwer den Versicherungen ihrer Reichstreue Glauben zu schenken.

Die Vorgänge in Bayern können nur richtig verstanden werden, wenn man etwas weiter zurückgreift. Die bayrische Dynastie hat im Lauf der Jahrhunderte dem Reich immer und immer wieder Schwierigkeiten bereitet. Die bayrischen Herrscher trachteten immer nach einer dominierenden Stellung in Deutschland und waren somit die Rivalen der Habsburger und der Hohenzollern. Der Verlauf des Krieges von 1866 hat das bayrische Selbstgefühl tief verletzt, weil der Preuße, der in bayrischen Erzählungen und Witzen immer der Unterlegene ist, diesmal obenauf war. Bei der Reichsgründung machte der bayrische König nur widerwillig mit, und er sicherte sich allerlei Reservatrechte. Unter dem Schlagwort "Gegen Preußen!" wurde auch nach 1871 Stimmung gegen das Reich gemacht. Ich weiß aus meinem mehrjährigen Aufenthalt in Bayern, wie dort in Wort und Schrift alles Preußische herabgesetzt wurde. Auch unsere Genossen haben es nicht immer verschmäht in Volksversammlungen mit einigen gegen Preußen gerichteten Sätzen die Stimmung etwas zu verbessern. Unsere Genossen meinten natürlich das "junkerliche" Preußen, den "Hort der Reaktion"; die anderen meinten das Preußen, aus dem die sozialistischen und gewerkschaftlichen "Hetzer" kamen. Die Ausbreitung der Gewerkschaften fand in Bayern ein großes Hindernis an der Tatsache, daß die zentralen Spitzen der Gewerkschaften fast alle in Preußen ihren Sitz hatten. Keine Partei, auch nicht die sozialdemokratische, machte in Bayern Reichspolitik. Alle bürgerlichen Parteien ließen sich von preußenfeindlichen Strömungen treiben. Unter den Katholiken wurde der Preußenhaß noch durch den in Preußen geführten Kulturkampf verstärkt. Das bayrische Volk wurde in den Glauben versetzt und in diesem Glauben immer mehr bestärkt, daß Bayern durch den Anschluß an das Reich große Opfer gebracht hätte und immerfort bringe. Bayern mußte preußisch werden, damit die Preußen "etwas zu fressen" haben. Im Volk erzählte man sich, dem König Ludwig sei versprochen worden, es würde mit der Kaiserwürde in Deutschland abgewechselt werden, und Bayern sei dann

um diese Würde betrogen worden; selbst der Tod dieses Königs wurde mit dieser Sache in Verbindung gebracht. Niemals, auch heute noch nicht, hört man etwas davon, daß Bayern erst mit der Reichsgründung seinen wirtschaftlichen Aufschwung nehmen konnte. Für alle unangenehmen Erscheinungen wurde Preußen, und mit ihm das Reich, verantwortlich gemacht. Alles, was vom Reich kam, wurde herabgesetzt. So die Sozialgesetzgebung; man hat seinerzeit Bauern und Handwerker gegen die Arbeiterversicherung aufgehetzt. Bayern hatte und hat noch immer die Führung gegen alle Einheitsbestrebungen in Deutschland. Die blinde Voreingenommenheit gegen Berlin geht nun so weit, daß man in Bayern heute den Berlinern von gestern die Führung gegen die jetzige Berliner Regierung überantwortet, ohne zu merken, daß es die gleichen Leute sind, auf die man früher so kräftig geschimpft hatte. Den Berlinern zum Trotz wurde Bayern wieder monarchistisch. Die preußischen Monarchisten, die sich unter dem Schutz der bayrischen Regierung so wohl fühlen, brauchen nur zu sagen, es handle sich um die bayrischen Reservatrechte, und sie haben die Unterstützung dieser Kreise. Leider hat der Konflikt mit Bayern so geendet, daß er für das Reich einer verlorenen Schlacht gleichkommt. Die bayrischen Regierungskreise haben sich mit der gewonnenen Schlacht begnügt, weil ihnen der Zeitpunkt für die endgültige Auseinandersetzung nicht günstig erschien. Ich will die Reichstreue des Grafen Lerchenfeld nicht anzweifeln, aber er war in diesem Kampf nicht der Führer sondern der Getriebene, der vielleicht nur deshalb auf dem Posten blieb, um Schlimmeres zu verhindern. Die Treiber waren die Monarchisten; monarchistische Blätter, wie die Süddeutsche Zeitung, haben den Ausgang auch als Sieg gefeiert. Der Ausgang der Sache muß nicht nur alle Republikaner sondern alle, denen die Einheit des Reichs am Herzen liegt, mit tiefem Bedauern erfüllen. Der Vorgang zeigt uns aber auch die nationale Unzuverlässigkeit der Rechtsparteien. Wie hätten diese über Vaterlandsverrat geschrien, wenn wir etwa im August 1914 die Umwandlung der monarchischen Staatsform in die republikanische verlangt hätten. Sie aber scheuen sich nicht, den Kampf für ihre monarchistischen Ziele zu einer Zeit zu führen, wo der Bestand des Reichs nicht viel weniger in Gefahr ist als 1914, wo das Deutsche Reich unter einer so starken außenpolitischen Spannung steht, daß es einen Kampf im Innern nicht führen kann. Ihre parteipolitischen Ziele stehen ihnen offensichtlich höher als das deutsche Vaterland. Von der Regierung Kahr wurde die reichsfeindliche Agitation etwas mehr, von der jetzigen Regierung etwas weniger gefördert. Bei der so erzeugten Stimmung hatte die bayrische Regierung immer ein Pressionsmittel zur Hand, um in Berlin die eigenen partikularistischen Forderungen durchzusetzen, und im Land konnte man für alle Schwierigkeiten die Reichsregierung verantwortlich machen. Auch die jetzige bayrische Regierung setzt sich in ihrer Mehrzahl aus Monarchisten und bayrischen Separatisten zusammen. Man kann doch nicht annehmen, daß sie nicht sieht, welche Gefahren sie für das Reich heraufbeschwört.

Die jetzige bayrische Regierung hat die Stimmungsmache gegen das Reich auch dadurch gefördert, daß sie gar nichts getan hat, um dem bayrischen Volk zum Bewußtsein zu bringen, welche Vorteile es von seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Reich hat. Daß Bayern nur wenig Nahrungsmittel an andere deutsche Länder abgibt, sei hier nur festgestellt. Ebenso die Tatsache, daß die Sommergäste jedes Jahr ein hübsches Stück Geld in Bayern

lassen; an manchen Orten würde es lange Gesichter geben, wenn die einmal ausblieben. Bayern hat seit dem Krieg große Straßenbauten und Kulturarbeiten ausgeführt, die nicht ausgeführt worden wären, wenn nicht das Reich Hunderte von Millionen an Zuschüssen in Form von produktiver Erwerbslosenfürsorge gegeben hätte. Bayern könnte ebensowenig wie Baden seine großen Kraftwerkbauten ausführen, wenn nicht auch in Norddeutschland für Hunderte von Millionen Obligationen gekauft werden würden. Ohne die weitgehende finanzielle Hilfe des Reichs könnte weder der Neckar noch der Main schiffbar gemacht werden. Diese Leistungen des Reichs werden in anderen Ländern anerkannt, in Bayern aber von allen maßgebenden Kreisen und der Presse totgeschwiegen. So etwas darf eben der Bayer nicht wissen. Ein Schweizer hat kürzlich ganz richtig geschrieben, man riskiere eine Tracht Prügel, wenn man echte Bayern darauf hinweise, daß Bayern in seiner Versorgung mit Kohle und Eisen doch auf Preußen angewiesen sei. Diese Stimmungsmache, Taktik der Beeinflussung und Verschweigung hat dahin geführt, daß weite Kreise der bayrischen, namentlich der südbayrischen Bevölkerung vom Reich hinweg wollen. Das zeigt sich jetzt deutlich in der Agitation gegen die mit dem Reich getroffene Vereinbarung. Die gründliche Auseinandersetzung mit Bayern, der diesmal noch ausgewichen wurde, wird daher dem Reich nicht erspart bleiben.

Die Sonderstellung, die Bayern in so vielen Dingen einnimmt, wird auch für die anderen Länder mit der Zeit unerträglich. Bayern will im Reich, in allen Dingen, die alle angehen, ein kräftiges Wörtlein mitreden, wo etwas zu vergeben ist, will es sein gutes Teil, in Bayern aber soll keine Reichsinstanz etwas zu sagen haben, auch nicht beim Bau der Wasserstraßen, obwohl das Reich den größten Teil der Finanzlasten zu tragen hat. Die Verwaltung der Eisenbahnen hat sich Bayern auch vorbehalten, nur das Defizit hat das Reich zu tragen. Der Standpunkt Bayerns schafft dem Reich auch in den anderen Ländern Schwierigkeiten. Denn schließlich wollen diese dem Reich auch nicht mehr geben als Bayern. Bayern ist der Stützpunkt für alle partikularistischen Bestrebungen, und neben Bayern ist aus dem letzten Konflikt auch der dem Reich abträgliche Partikularismus (der nicht mit dem föderalistischen Gedanken zu identifizieren ist) Sieger geblieben.

**W**ER sich mit der Geschichte des deutschen Volkes beschäftigt, wird immer wieder auf die Tatsache stoßen, daß die innere Zerrissenheit zu allen Zeiten Unglück brachte und vorhandenes Unglück verschärfte. Im Volk wollte sich, abgesehen von bestimmten kleinen Schichten, ein deutsches Nationalgefühl nicht so recht entwickeln. Daher überließ man die Führung der deutschen Geschichte, das deutsche Land selber, wie Heine mit allzu viel Recht spottete, der »sanften Hut von 36 Monarchen«. Den Fürsten aber stand ihre Selbständigkeit höher als das Reichsinteresse. Daher konnte im Zentrum des Festlands kein starkes Deutschland erstehen. Lange vor England hatten sich die Hansestädte auf friedlichem Weg Weltgeltung verschafft. Dieser vielversprechende Anfang für einen Welthandel, der Deutschland zum größten Kolonial- und Handelsstaat hätte machen können, fand aber keinen Rückhalt an dem dynastisch zerrissenen Deutschland, das so hinter das kleine Holland zurücktreten mußte. Erst unter dem Druck der wirtschaftlichen Entwicklung kam 1871 ein Deutsches Reich zustande, und dieses

auch wieder unter Ausschluß der Deutschösterreicher. Das neue Reich war ein Fürstenbund mit all seinen Mängeln, der wieder kein richtiges Nationalgefühl aufkommen ließ. Die Reichsangehörigen waren eben nicht Reichsbürger sondern Bürger in irgendeinem Bundesstaat; man war nicht Deutscher sondern Preuße, Sachse, Hamburger, Bayer. Man versuchte den Partikularismus der Einzelstaaten mit der Verschiedenheit der Stammeseigenschaften, der Kultur, mit historischen Rechten und dergleichen zu begründen. Mit Unrecht. Die Stammesdifferenziertheit kann den Partikularismus nicht rechtfertigen. Wo ist denn ein rassenreiner Bundesstaat, oder wo ist ein Volksstamm ganz in einem Bundesstaat zusammengefaßt? Bei Württemberg kann man noch am ehesten von Stammeseinheit sprechen, aber auch dort gibt es Franken und Allemannen. Und Schwaben gibt es die Menge in Bayern, zum Teil geben sie sich als "echte Bayern". Dort gibt es aber außer den Bayern und Schwaben auch Franken. In dem kleinen Baden gibt es Allemannen, Franken und Schwaben. In Mittel- und Norddeutschland ist das Durcheinander nicht geringer. Die Grenzen zwischen den Stammesgebieten sind meistens verwischt, und wenn man von Dialektunterschieden absieht, bestehen in der Hauptsache eingebildete und durch die staatliche Trennung anezogene Unterschiede. Schon bei der Völkerwanderung, später in den vielen Kriegszügen und nicht zum wenigsten durch die Ab- und Zuwanderung sind die Stämme so vermischt, daß nirgends ein reiner Stamm zu finden ist. Kulturelle Unterschiede bestehen; aber sie kommen weniger aus den Stammeseigentümlichkeiten als aus der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, die eben durch die staatliche Zerrissenheit verschieden war. Die Geschichte lehrt uns, auf jedem Blatt, daß durch die staatliche Zerrissenheit große Gebiete nicht nur politisch von Deutschland getrennt wurden sondern dem Deutschtum ganz verloren gingen. Die deutsche Nation als Ganzes zusammengefaßt wäre stark genug gewesen sich zu behaupten und durchzusetzen. Statt aber die Deutschen zu einigen, hat man fremde Völker zu unterjochen versucht. Es besteht in Deutschland zwischen einem Nord- und Süddeutschen kein größerer Unterschied als zwischen einem Bretonen und einem Südfranzosen. Die Franzosen haben trotzdem einen Nationalstaat, und der einzelne Franzose hat einen nationalen Charakter, der auch in der größten wirtschaftlichen Not nicht wankend wird. Auch die Italiener haben in wenigen Jahrzehnten aus staatlicher Zerrissenheit einen festgefühten Nationalstaat geschaffen. Die Deutschen aber lernen weder aus der Geschichte noch aus den Ereignissen der Gegenwart. Sonst wäre nach dem Krieg mit den dynastischen Einrichtungen gründlich aufgeräumt worden.

Die größte Stärkung hat in der sogenannten Revolutionszeit der Partikularismus allerdings durch die politische Unkultur erfahren, die in Berlin von den Unabhängigen und Kommunisten zutage gefördert wurde. Leider hat vor allem Eisner in München partikularistische Politik gemacht. Und unsere Genossen in den Landesregierungen, besonders in der preußischen, haben auch nicht immer die richtige Reichspolitik getrieben. Der Zeitpunkt, wo man mit einem Schlag und mit Zustimmung der großen Mehrheit des Volkes ein einheitliches Deutsches Reich hätte schaffen können, wurde verpaßt. Jetzt müssen andere Wege gegangen werden. Aber nicht die Wege, die der § 18 der Reichsverfassung zeigt. Es ist ein unglücklicher Gedanke die notwendige Neugliederung des Reichs durch Volksabstimmungen vornehmen zu lassen. Man stelle sich vor, welches Maß von Verhetzung allein in das

niedersächsisches Gebiet getragen würde, wenn man darüber abstimmte, ob Hannover wieder ein selbständiges Land mit Staatshoheit werden soll, ob Braunschweig, Oldenburg, Bremen selbständig bleiben, oder ob sie zu Hannover oder zu Preußen kommen sollen. Da müssen doch die einen kräftig auf Preußen schimpfen, die anderen auf Hannover, die dritten die Bedeutung ihrer bisherigen Staaten hervorheben. Von dieser Agitation würden dann wahrscheinlich auch noch die beiden lippischen Staaten und das zwischen herum liegende preußische Gebiet erfaßt werden. Infolge des ungeschickten Verhaltens des preußischen Staates dem Stadtstaat Hamburg gegenüber würde eine preußenfeindliche Agitation auch dort Boden finden. Nachher könnte der Tanz in Hessen-Nassau und anderen Gebieten losgehen. In all den neugegründeten Staaten müßten dann, um ihre Notwendigkeit zu beweisen, Unterschiede geschaffen werden. Statt zur Einheit würden wir immer weiter auseinanderregiert. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es in nachhaltiger, unausgesetzter Agitation den Reichsgedanken zu stärken, immer weitere Schichten dahin zu bringen, daß sie sich zuerst als Deutsche und nochmals als Deutsche und dann erst als Angehörige eines Landes fühlen. Dann wird es möglich sein immer mehr die Gesetzgebung durch das Reich auszuüben. Das Landesrecht wird immer mehr hinter das Reichsrecht zurücktreten. Dadurch wird auch eine immer größer werdende Einheitlichkeit in der Verwaltung erzielt. Wenn erst das Volk will, müssen auch die Länderregierungen folgen. Viel wird es dabei auf die preußische Regierung ankommen. Gibt Preußen an das Reich ab, was zur wirklichen Reichseinheit notwendig ist, dann ergeben sich auch in den anderen Ländern, mit Ausnahme von Bayern, keine großen Schwierigkeiten. Der Reichstag muß eine Körperschaft einsetzen, die Vorschläge für eine Neugliederung macht. Das entscheidende Wort muß aber der Reichstag haben. Über einen solchen Vorschlag kann dann auch eine Volksabstimmung stattfinden, aber nicht über Vorschläge beliebiger Agitatoren. Es wird sich auch niemand vergewaltigt fühlen, weil er überall dem Deutschen Reich angehört, und die Verhältnisse im wesentlichen überall die gleichen sind.

Niemand in Deutschland wünscht einen starren Zentralismus, wohl aber braucht das deutsche Volk auch eine wirkliche deutsche Einheit. Die Länder sollen als innerstaatliche Organisationen bestehen bleiben. Die Staatsverwaltung und die Durchführung der Gesetze soll weitgehend dezentralisiert werden. Die Reichsgewalt muß aber über allem stehen. Die Gesetzgebung für alle wichtigen Gebiete des staatlichen Lebens muß einheitlich sein. Die Hoheitsrechte der einzelnen Länder müssen so weit auf das Reich übergehen, als es notwendig ist, um einen wirklichen Nationalstaat zu schaffen. Die Hauptarbeit hat dabei die Sozialdemokratie zu leisten. Arbeiter, Angestellte und der größte Teil der Beamten sind heute schon reichsdeutsch gesinnt. Nichts ist so geeignet uns auch unter den jungen Akademikern Anhang zu gewinnen, als wenn wir eine im guten Sinn reichsdeutsche Politik treiben. Wir müssen dem Volk klar machen, daß wir nichts verlieren, wenn wir Rechte der Länder an das Reich abgeben, daß wir aber als Deutsche gewinnen. Wir geben ein Arbeitsgebiet im Land auf und gewinnen das Recht der Mitarbeit für das ganze Reich. Und das Deutsche Reich hat die Mitarbeit des ganzen deutschen Volkes nötig, wenn es aus der finstern Gegenwart in eine lichtere Zukunft kommen soll.

